

den hier zu Tage tretenden Schmiralien gelassen" haben würde, so daß die erstrichtliche Feststellung, nach welcher es sich hier nicht um wirkliche, sondern nur um scheinbare und auf Täuschung berechnete Verbesserungen handelte, auch der nöthigen beweislichen Grundlage keineswegs zu entbehren scheint.

Daß die Fälschungen zum Zwecke der Täuschung vorgenommen wurden, hat der erste Richter gleichfalls festgestellt und begründet. Ein weiterer Dolus, als der Zweck im Handel und Verkehr zu täuschen, ist aber bei der Verfälschung von Nahrungsmitteln im Sinne des § 10 Ziff. 1 des Gesetzes vom 14. Mai 1874 nicht erforderlich. Auch die gewinnföchtige Absicht, deren Feststellung die Revision vermisst, ist in den Worten, daß die Angeklagten das Publikum über die Qualität ihres Bieres täuschten, „um ihr Getränk an den Mann zu bringen, das heißt verkaufen zu können“, genügend ersichtlich gemacht, obwohl diese Absicht kein notwendiges Thatbestandsmerkmal des § 10 Ziff. 1 bildet, wenn sie auch regelmäßig die Handlungsweise mehr oder minder beeinflussen wird.

Wenn übrigens die Revision meint, es fehle auch für diese Feststellungen an jeder tatsächlichen Grundlage, weil die hier fraglichen Stoffe nicht die geringste Ersparniß an Hopfen und Malz ermöglicht hätten, so mag darauf hingewiesen werden, daß der erste Richter von der Annahme ausging, daß die von den Angeklagten bereiteten Biere an sich mehr oder weniger schlecht und schwer verkäuflich gewesen sein würden, daß aber durch die von den Angeklagten vorgenommenen Zusätze — „von Süßholz zur Verbesserung des Geschmacks“, von Zuckercouleur „zur Herstellung einer schöneren dunkleren Farbe“, von Tannin „zur Beförderung der Klärung“, von Natron, „um das sauer gewordene Bier wieder genießbar zu machen“, von Glycerin, gleichfalls „um sauer gewordenes Bier genießbar zu machen“, von Moussirpulver, um ein besseres Treiben und Schäumen des Bieres zu erzielen“ — und durch den hiermit dem Biere verliehenen Schein einer besseren, als seiner wirklichen Beschaffenheit die Täuschung des Publikums, demnächst der Absatz des Bieres und somit auch ein außerdem nicht erzielter Gewinn ermöglicht wurde, und hierin kann eine rechtsirrhümliche oder „willkürliche“ Auffassung nach keiner Richtung erblickt werden.

Die Verurteilung auf angebliche Uanzen kann angesichts des in Bayern bestehenden strikten Verbotes der Benutzung anderer als der gesetzlich erlaubten Stoffe auch nicht bezüglich einzelner, etwa ihrer Beschaffenheit nach minder verwerflicher Stoffe eine Ausnahme begründen. Denn einem vollgültigen, verbietenden Gesetze entgegen kann sich kein demselben widersprechender erlaubter Gebrauch bilden, die Verurteilung auf einen solchen ist daher auch der Anwendung eines anderen, als des verbietenden Gesetzes gegenüber unbehelflich.

Wenn die Revision sich darauf beruft, daß Zuckercouleur zur Herstellung der von dem Publikum gewünschten Farbe benutzt und solche mittelst dieses Stoffes leichter erzielt werde, als mit dem hierfür gesetzlich zugelassenen Farbmaltz, so übersieht sie, daß Farbmaltz nur aus dem zu Bierbereitung gehörigen, daher die Reinheit und Echtheit des Getränkes nicht alterirenden Malz hergestellt wird, während Biercouleur nach der Feststellung des Urtheils eine zuckerhaltige, wahrscheinlich aus Stärkemehl gewonnene Lösung mit nicht näher nachweisbaren „Abfallstoffen“ ist, also jedenfalls ein unreines, nicht näher controlirbares Product, dessen Anwendung, wie der erste Richter mit Grund annehmen konnte, die Täuschung bedingt, als sei die fragliche Farbe nur mittelst Malz oder Farbmaltz hergestellt und demnach die Reinheit des Bieres nicht alterirt, während tatsächlich letzteres gleichwohl der Fall ist.

Die Behauptung, daß die zugesetzten Stoffe außerhalb Bayerns straflos zu Bierfabrikation benutzt werden könnten, vermag hinsichtlich ihrer Richtigkeit vom Revisionsgerichte nicht nachgeprüft werden. Sie ist aber, auch wenn sie bezüglich einzelner Stoffe wahr sein sollte, nicht geeignet, das vom ersten Richter festgestellte Bewußtsein der Rechtswidrigkeit auszuschließen. Denn das Urtheil nimmt an,

daß das für Bayern bestehende Verbot der Beimischung fremder Stoffe den sämtlichen Brauern wohl bekannt war, begründet diese Annahme näher und stellt überdies fest, daß die meisten die Kenntniß der bezüglichen Vorschriften selbst einräumten. Wenn daher die Angeklagten trotz ihrer Kenntniß der strengeren bayerischen Gesetze und der auf solche gestützten berechtigten Erwartungen des Publikums dieses durch heimliche Zufügung fremder, dem Biere den Schein anderer und besserer Qualität verleihender Stoffe zu täuschen suchten, so kann das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit dieser Handlungsweise nicht schon durch den Hinweis auf die Verhältnisse anderer Länder als ausgeschlossen erachtet werden.

3. Auch der gegen die Art der Bestrafung gerichtete Angriff ist verfehlt. Allerdings dürfen die Strafen des Nahrungsmittelgesetzes und des bayer. Malzaufschlagsgesetzes bei gleichzeitiger Verletzung der Vorschriften beider Gesetze durch eine und dieselbe Handlung nicht neben einander verhängt werden, wie dies in dem von der Revision angezogenen Urtheile des RG. vom 29. Mai 1884 näher ausgeführt ist. Allein der erste Richter hat hiergegen nicht gefehlt, vielmehr ausdrücklich angeführt, daß gemäß § 73 des StrGB. nur das Nahrungsmittelgesetz als das schwerere der beiden in Frage stehenden Gesetze in Anwendung zu kommen habe. Die ausgesprochene Cumulirung von Freiheits- und Geldstrafe war auch bei alleiniger Anwendung des Nahrungsmittelgesetzes zulässig, da solches in § 10 Geld- und Freiheitsstrafe nach Wahl des Richters sowohl einzeln als neben einander zu erkennen gestattet. Deshalb ist auch der Angeklagte G., obwohl nur wegen Verletzung des Nahrungsmittelgesetzes verurtheilt, durch den Ausspruch von Geld- und Freiheitsstrafe nicht beschwert.

4. Die Anwendung des § 16 Abs. 1 des Nahrungsmittelgesetzes ist nicht zu beanstanden. Nur wenn das mildere der bei einer idealen Concurrenz in Frage kommenden Gesetze eine Nebenstrafe androht, kann nach dem in § 73 des StrGB. statuirten Grundsatz der absoluten Exclusivität des härteren Strafgesetzes die Nebenstrafe aus dem nicht zur Anwendung kommenden milderen Gesetze nicht ausgesprochen werden. Hier war aber, wie der erste Richter entsprechend dargethan hat, das Gesetz vom 14. Mai 1879 als das die schwerere Strafe androhende Gesetz anzuwenden; dasselbe konnte daher voll und ganz, somit auch bezüglich der in diesem Gesetze angedrohten Nebenstrafen angewendet werden.

5. Die Einziehung der zu Gerichtshanden gekommenen Gegenstände wird lediglich deshalb beanstandet, weil dieser Ausspruch unter Bezugnahme auf § 15 des Nahrungsmittelgesetzes erfolgt sei, dieses Gesetz aber hier keine Anwendung finden könne, weil die Gegenstände keinen „schädlichen“ Charakter haben. Allein die Unterstellung, daß das Nahrungsmittelgesetz nur bei Fälschung mit schädlichen Stoffen Anwendung finden könne, ist, wie schon erörtert, unrichtig, vielmehr ist der gesundheitschädliche Charakter bei der Einziehung im Sinne des § 15 des Nahrungsmittelgesetzes nur insoweit von Bedeutung, als die Einziehung im Falle der §§ 12–14 obligatorisch angeordnet, dagegen in den Fällen der §§ 8, 10 und 11 dem Ermessen des Richters überlassen ist.

Urth. des II. Straff. vom 16. Dec. 1884 c. G.
(2948/83) (RG. Schneidemühl).

RGef. v. 31. Mai 1872, wegen Erhebung der Brausteuer, § 1 Ziff. 5 und 7, §§ 17, 18, 27, 33, 34, 35 Ziff. 1.

Das sog. Rosent (Schwachtrinkbier) ist im Sinne des Brausteuergesetzes vom 31. Mai 1872 Bier und der Zusatz von Sorrogaten (Biercouleur) ohne Declaration und Besteuerung enthält eine Brausteuerdefraude.

Aufhebung und Zurückverw. Gründe: Nach dem festgestellten Sachverhalt hat der Angeklagte in der Zeit vom 14. Oct. 1882 bis zum 7. Juni 1883 eine Quantität Biercouleur (Zuckercouleur) in seiner Brauerei zum Färben des für seine Dienstleute bestimmten sog. Schwachtrinkbieres (auch Rosent genannt) verwendet, ohne 1. gemäß § 18 des RGef., wegen